

EP-S-01 Kapitel 4: Garantieren, was uns alle schützt: Frieden und Sicherheit fördern

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 30.08.2018
Tagesordnungspunkt: EP-S Europawahlprogramm (Kapitel 4)

- 1 Die internationale Staatenordnung befindet sich im Umbruch. Russlands Präsident verletzt die
- 2 territoriale Integrität anderer Staaten und verhindert eine demokratische Entwicklung im
- 3 Inland. Chinas Führung verstärkt immer weiter die staatliche Überwachung und heizt
- 4 Territorialkonflikte im Südchinesischen Meer an. In den Staaten Nordafrikas und des
- 5 Nahen Ostens konnte sich die Hoffnung der Menschen auf eine Demokratisierung der Region nicht
- 6 erfüllen. Iran und Saudi-Arabien führen stattdessen einen Kampf um die Vorherrschaft im
- 7 Nahen Osten. In Syrien tobt nach wie vor ein brutaler Krieg, in dem sich sogar NATO-
- 8 Partner feindlich gegenüberstehen.
- 9 Und die USA, ehemaliger außenpolitischer Garant jener Regeln, die seit dem Ende des
- 10 Zweiten Weltkriegs einen großen Teil der Welt halbwegs zusammengehalten haben, haben sich als
- 11 berechenbarer Akteur der Weltpolitik verabschiedet. Die US-Regierung steigt aus dem
- 12 Klimaabkommen aus, kündigt das Iranabkommen, agiert in Handelsfragen aggressiv und verachtet
- 13 die internationalen Organisationen, die ihr Land selbst gegründet hat. Die EU sieht sie
- 14 wirtschaftlich als Gegner. Garantien, auf die sich Europa sicher verlassen konnte, gelten so
- 15 nicht mehr.
- 16 Währenddessen geht die globale Vermögensverteilung immer weiter auseinander. Zwar haben sich
- 17 Armut und Kindersterblichkeit in den letzten Jahrzehnten halbiert, in vielen Ländern kann
- 18 mittlerweile die Mehrheit der Mädchen und Jungen lesen und schreiben. Dennoch ist das eben
- 19 nur die Hälfte und weltweit leiden weiter 815 Millionen Menschen an chronischem Hunger. Das
- 20 reichste Prozent der Weltbevölkerung besitzt über 50 % des Gesamtvermögens und damit mehr
- 21 als die übrigen 99 % der Weltbevölkerung. Die Auswirkungen der Klimakrise vertreiben nicht
- 22 nur immer mehr Menschen aus ihrer Heimat, weil sie auf ausgetrockneten oder überschwemmten
- 23 Böden nicht mehr leben und keine Landwirtschaft betreiben können, sondern auch weil die
- 24 Auswirkungen der Klimakrise vielerorts bestehende Konflikte und schlechte

Regierungsführung
25 verschärfen.

26 In dieser Situation muss sich die EU beweisen. Als außenpolitische Akteurin, als
27 Wertegemeinschaft, in der der Mensch mit seiner Würde, seiner Freiheit und seinen
28 unveräußerlichen Rechten im Mittelpunkt steht – wissend, dass gerade in der
Außenpolitik
29 immer Kompromisse nötig sind und vielfältige Interessen ausbalanciert werden
müssen.

30 Die Europäische Union ist nie darauf angelegt gewesen, aber die Frage, die sich
Europa
31 stellt, ist die nach der Weltpolitikfähigkeit. Wenn wir diese Frage nicht angehen, dann
wird
32 Europa, dann wird die globale Zusammenarbeit bedeutungslos. Dafür die Pflöcke
entlang von
33 Frieden, Menschenrechten und dem Völkerrecht zu setzen, ist für uns als Grüne die
zentrale
34 Aufgabe der nächsten Jahre.

35 **4.1 Menschenrechte verteidigen, demokratische Handlungsräume sichern**

36 Wir treten für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik ein, die
37 Menschenrechte verteidigt und Frieden sichert. Statt Aufrüstung und einer Politik, die
nur
38 auf den nationalen Vorteil bedacht ist, brauchen wir eine EU, die friedens- und
39 sicherheitspolitisch mit einer Stimme spricht.

40 Die Handlungsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure werden in
vielen
41 Ländern immer weiter eingeschränkt. Die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen
wird dort
42 von staatlicher Seite systematisch erschwert, diffamiert, behindert und kriminalisiert.
43 Insbesondere die Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit werden in vielen
Staaten
44 beschränkt oder ganz abgeschafft. Dies betrifft nicht nur autoritäre Staaten, sondern
auch
45 Demokratien mitten in Europa, wie zum Beispiel Rumänien und Österreich, in denen
46 Grundprinzipien wie Pluralismus, Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Medien und
47 Rechtsstaatlichkeit in Frage gestellt werden.

48 Wir sehen mit Sorge die weltweite Entwicklung des „shrinking space“, also der
Einschränkung
49 des öffentlichen Raumes für die Zivilgesellschaft. Die Europäische Union, der
Europarat und
50 die Vereinten Nationen sollten dieser entschieden entgegentreten. Das kann für die EU
nur
51 gelingen, wenn sie ihre Mitgliedstaaten selbst konsequent in die Pflicht nimmt. Die EU
52 sollte die internationale Vernetzung und den Austausch von zivilgesellschaftlichen
53 Organisationen fördern und unterstützen. Es ist auch ein wichtiges Signal an
54 Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger, dass sie mit ihrem Engagement
nicht
55 alleingelassen werden. Wir Grünen wollen, dass die EU-Leitlinien zum Schutz von
56 Menschenrechtsverteidigern vollständig umgesetzt und öffentlich stärker bekannt

gemacht

57 werden. Dafür ist es auch notwendig, das europäische Instrument für Demokratie und
58 Menschenrechte zu stärken und finanziell besser auszustatten. Die EU muss weiterhin
den

59 Sonderberichterstatte der Vereinten Nationen zur Situation von
Menschenrechtsverteidigern

60 und für Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit finanziell und politisch in- und
außerhalb

61 des VN-Menschenrechtsrates aktiv unterstützen und den Aktionsplan für
Menschenrechte und

62 Demokratie des Europäischen Rates vorantreiben.

63 Menschenrechte müssen auch für die EU-Handelspolitik maßgeblich sein. Die Art und
Weise, wie

64 wir in Europa leben, hat weltweite Folgen: von der Klimakrise bis zu ausbeuterischen
65 Arbeitsbedingungen, rücksichtslosem Ressourcenabbau und Stärkung autoritärer
Regime. Damit

66 die EU zur Förderin von nachhaltiger Entwicklung und der Stärkung sozialer und
ökologischer

67 Standards im Welthandel wird, bedarf es beherzter Schritte.

68 Transnationale Unternehmen mit Sitz in der EU müssen auch bei uns in Europa dafür
haftbar

69 gemacht werden können, wenn sie innerhalb ihrer Produktions- und Ressourcenketten
an

70 Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind. Lieferketten wollen wir transparenter
machen, so

71 dass klar ist, unter welchen Bedingungen Produkte produziert wurden, die in die EU
72 eingeführt werden. Wir wollen nicht, dass Kriege, Menschenrechtsverletzungen und
Ausbeutung

73 durch Produkte finanziert werden, die in der EU verkauft werden. Wir Grünen wollen
eine

74 konsequente Umsetzung der Leitlinien der Vereinten Nationen zu Wirtschafts- und
75 Menschenrechten.

76 Wer GRÜN wählt, stimmt für

77 • die Einklagbarkeit von Menschenrechten auch gegenüber transnationalen
Unternehmen,

78 • den Schutz und die Stärkung von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und
79 Menschenrechtsverteidiger*innen.

80 **4.2 Eine gemeinsame europäische Außenpolitik gestalten**

81 Die multilaterale Ordnung und ihre Institutionen sind unter Druck. Es kommt jetzt
mehr denn

82 je auf die EU als weltpolitikfähige Akteurin an, die global gestaltet. Das kann nur
83 gelingen, wenn die EU als dialogbereite und verlässliche Partnerin und gute Nachbarin

84 agiert. Einen Rückfall in Nationalismus und Populismus zu verhindern und die
multilaterale

85 Ordnung zu erhalten und gerechter zu gestalten, ist Aufgabe und Interesse der EU.

86 Ein friedliches Zusammenleben mit unseren europäischen Nachbarregionen ist
zentrale Aufgabe
87 europäischer Nachbarschaftspolitik. Die Kriege und Konflikte in den östlichen und
südlichen
88 Nachbarstaaten stellen die EU vor große Herausforderungen. Es kommt jetzt mehr
denn je auf
89 eine einheitliche und klar friedensorientierte europäische Außenpolitik an. Die EU
muss ihr
90 politisches und diplomatisches Gewicht in die Waagschale werfen, um Schritte für
Frieden und
91 Sicherheit in ihrer Nachbarschaft zu ermöglichen. Und sie muss ihr Engagement für die
92 angrenzenden Regionen deutlich ausweiten, um Stabilität und wirtschaftliche
Entwicklung im
93 gesamten Umfeld der Europäischen Union zu fördern.
94 Stärkung der multilateralen Ordnung und ihrer Institutionen
95 Eine friedliche Welt braucht eine starke internationale Organisation der
Zusammenarbeit.
96 Gerade in einer Zeit, in der sich andere Staaten daraus zurückziehen, ist die
Europäische
97 Union gefragt, Verantwortung zu übernehmen. Das betrifft sowohl die finanzielle
98 Unterstützung von internationalen Organisationen und Programmen, wie dem
99 Welternährungsprogramm, dem Umweltprogramm oder dem Flüchtlingshilfswerk der
Vereinten
100 Nationen, als auch das Umsetzen von internationalen Verträgen, zum Beispiel des
Pariser
101 Klimaabkommens.
102 In Zeiten, in denen einige Staatschefs wieder das Recht des Stärkeren an die Stelle der
103 Stärke des Rechts setzen wollen, braucht es eine Europäische Union, die das
humanitäre
104 Völkerrecht verteidigt. Wir Grünen wollen, dass sich die EU für eine Stärkung und
bessere
105 Funktionsfähigkeit des Internationalen Strafgerichtshofes einsetzt. Es ist überfällig,
dass
106 die EU neben den Mitgliedstaaten selbst Mitglied der Europäischen
Menschenrechtskonvention
107 wird, damit sich auch EU-Institutionen für ihr Handeln vor dem Europäischen
Gerichtshof für
108 Menschenrechte verantworten müssen.
109 Die schreckliche Situation in Syrien hat erneut verdeutlicht, welche negativen
Auswirkungen
110 die Handlungsunfähigkeit der Vereinten Nationen (VN) durch die Blockadehaltung
eines
111 Mitglieds im VN-Sicherheitsrat haben kann. Eine Blockade des Sicherheitsrats bei
zentralen
112 Fragen schwächt das Völkerrecht und die VN insgesamt, da beispielsweise nicht einmal
der
113 Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag mit der Verfolgung von

Kriegsverbrechen

- 114 beauftragt werden kann. Die Vereinten Nationen müssen wieder handlungsfähiger
werden.
- 115 Langfristig sollte der Sicherheitsrat so reformiert werden, dass alle Weltregionen
116 angemessen repräsentiert sind – zum Beispiel sollte Indien aufgenommen werden –
und sich
117 zudem das Gleichgewicht zwischen den Mitgliedstaaten verbessert. Dazu würde ein
Sitz für die
118 Europäische Union einen wichtigen Beitrag leisten. Zugleich braucht es eine
internationale
119 Debatte über das Vetorecht. Bis dahin sollte im Falle einer anhaltenden Blockade des
120 Sicherheitsrats die Generalversammlung der VN das Recht beanspruchen können, mit
121 qualifizierter Mehrheit den Sicherheitsrat für blockiert zu erklären und an seiner Stelle
122 diplomatische Maßnahmen, Sanktionen und im äußersten Fall auch
friedens erzwingende Maßnahmen
123 nach Kapitel VII der VN-Charta zu beschließen.
- 124 Neben den Vereinten Nationen wollen wir auch die Organisation für Sicherheit und
125 Zusammenarbeit in Europa (OSZE) stärken. Dabei geht es darum, die Fähigkeiten der
OSZE im
126 Bereich ziviler Krisenprävention, Frühwarnung und Krisenbewältigung zu stärken –
materiell
127 und finanziell. Das Konzept der menschlichen Dimension von Sicherheit war und bleibt
eine
128 zentrale Errungenschaft der OSZE. Sie bildet den umfassenden Sicherheitsbegriff der
OSZE ab
129 und umfasst beispielsweise Aktivitäten in den Bereichen Medienfreiheit,
Minderheitenrechte,
130 Rechtsstaatlichkeit und Nichtdiskriminierung. Dieses Engagement für die Förderung
von
131 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, Toleranz und Nichtdiskriminierung
wollen
132 wir unterstützen. Wir fordern daher eine Stärkung des Hochkommissars für Nationale
133 Minderheiten, des Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR)
und des
134 OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit. Wir weisen jegliche Versuche von OSZE-
Mitgliedern, die
135 Geltung dieser menschlichen Dimension in Frage zu stellen oder ihre Instrumente zu
136 diskreditieren, zurück.
- 137 Konsequenz für EU-Recht beim Brexit
- 138 Erstmals in der Geschichte der Europäischen Union verlässt ein Land das gemeinsame
Haus der
139 EU. Der Brexit verdeutlicht, was passiert, wenn Regierungen sich von rechten
Stimmungen
140 treiben lassen. Die Europäische Union muss weiter geschlossen zusammenstehen,
damit ein
141 Drittland nicht bessergestellt ist als ein Mitgliedsland. Rosinenpickerei darf es nicht
142 geben, der Brexit darf keine Blaupause für andere Staaten werden. Das würde auch
diejenigen
143 in Großbritannien unterstützen, die eine weitere Entscheidung der Bürger*innen über
das

144 finale Austrittsdokument fordern. Bisher verhandelt die EU erfolgreich, besonders weil
die
145 anderen 27 Mitgliedstaaten zusammenhalten. Wir unterstützen die Rolle der EU-
Kommission als
146 Verhandlungsführerin. Nationale Alleingänge oder gar bilaterale Deals darf es nicht
geben.
147 Die Wahrung der vier EU-Grundfreiheiten – Freiheit von Warenverkehr, Dienstleistung,
148 Personen- und Kapitalverkehr – müssen im Mittelpunkt stehen. Einen
uneingeschränkten Zugang
149 zum Binnenmarkt kann es ohne Personenfreizügigkeit und Anerkennung des EU-Rechts
nicht
150 geben. Einen Austritt mit Sonderstatus kann es nicht geben. Ebenso hat der Frieden
auf der
151 irischen Insel absolute Priorität. Insbesondere die britische Regierung muss
gewährleisten,
152 dass eine harte Grenze auf der irischen Insel vermieden wird. Ein Abkommen über die
153 zukünftigen Beziehungen kann erst nach dem rechtskräftigen Austritt Großbritanniens
154 finalisiert werden. Die außenpolitische Zusammenarbeit mit Großbritannien wollen wir
nach
155 dem Austritt im Rahmen internationaler Organisationen (NATO, OSZE, Europarat)
stärken.

156 Für eine verantwortungsvolle Erweiterungspolitik

157 Die Erweiterungspolitik der EU ist für uns eine Erfolgsgeschichte. Sie steht für Frieden,
158 Demokratie und Stabilität in Europa. Die Europäische Union hat allen Staaten des
Westbalkans
159 – Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Kosovo, Albanien und Mazedonien – das
160 Versprechen gegeben, der EU beitreten zu können, wie dies Slowenien und Kroatien
bereits
161 erfolgreich getan haben. Albanien und Mazedonien kamen dieses Jahr dem Beginn von
Beitrittsverhandlungen mit der EU näher. Das ist eine sehr positive Entwicklung, die
162 wir
163 Grünen unterstützen. Es kommt jetzt darauf an, dass die EU Nägel mit Köpfen macht
und beiden
164 Ländern 2019 einen festen Termin für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen
präsentiert.

165 Die EU steht in der politischen Verantwortung, das Vertrauen in das
Beitrittsversprechen
166 nicht zu enttäuschen und gleichzeitig den notwendigen Reformprozess in diesen
Ländern
167 mitzugestalten. Wir wollen dieses Versprechen durch eine engagiertere und
tiefgreifende
168 Zusammenarbeit mit möglichst vielen gesellschaftlichen Akteur*innen des
Westbalkans
169 glaubwürdig machen. Denn die Beitrittsperspektive ist wichtiger Motor für den
sensiblen
170 Friedens- und Aussöhnungsprozess, für Transformation und Modernisierung in einer
weiterhin
171 fragilen Region. Und sie unterstützt vor allem diejenigen, die sich schon heute für
mehr

172 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und den Schutz der Umwelt
 einsetzen. Klar
 173 ist aber auch, dass ausschließlich der politische Reformwille vor Ort und die Erfüllung
 der
 174 Kopenhagener Kriterien über das Tempo des weiteren Beitrittsprozesses und den EU-
 Beitritt
 175 selbst entscheiden. Bei den dringend notwendigen Reformen darf es keinen Rabatt
 geben:
 176 Gerade in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Grundwerte und Pressefreiheit,
 Bekämpfung von
 177 Korruption und organisierter Kriminalität, Aufarbeitung von Kriegsverbrechen und
 Beilegung
 178 von bilateralen Konflikten müssen noch viele Fortschritte erzielt werden. Diese
 179 Herausforderungen bleiben für uns Ansporn für ein starkes Engagement.

180 Das bedeutet in jedem einzelnen Fall, dass die Beitrittsvoraussetzungen erreicht
 werden
 181 müssen, die europäischen Werte und Regeln vollständig erfüllt sein müssen und die EU
 nach
 182 innen funktionsfähig bleiben muss, bevor ein neues Land aufgenommen wird.

183 Transatlantische Partnerschaft erhalten

184 Die transatlantische Partnerschaft ist in einer tiefen Krise. Der amerikanische Präsident
 185 vertieft diese mutwillig. Seine Präsidentschaft bringt massive Rückschritte beim
 186 Klimaschutz, bei der Anerkennung des Völkerrechts und der Verrechtlichung der
 187 internationalen Beziehungen. Er versteht Europa als wirtschaftlichen Gegner und setzt
 auf
 188 eine nationalistische Strategie. Darauf braucht es eine geschlossene Antwort der EU-
 189 Mitgliedstaaten. Die EU darf sich von Präsident Trump nicht spalten lassen. Nur so
 kann
 190 Europa sich selbst behaupten.

191 Dennoch ist die transatlantische Partnerschaft für uns ein zentraler Bezugspunkt
 192 europäischer Außen- und Sicherheitspolitik. Die USA sind mehr als ihr derzeitiger
 Präsident.

193 Eine enge Zusammenarbeit mit unseren amerikanischen Partnern und Netzwerke mit
 progressiven
 194 Kräften im Land, die eine soziale, ökologische und menschenrechtsbasierte Politik
 verfolgen,
 195 bleiben wesentlicher Pfeiler unserer Politik. Daher sollte die Europäische Union viel
 196 stärker auf eine Zusammenarbeit mit den US-Bundesstaaten sowie
 zivilgesellschaftlichen
 197 Akteur*innen, vor allem in den Bereichen Bildung, Energie, Klimaschutz sowie
 198 Digitalisierung, setzen.

199 Östliche Partnerschaft und Russland: demokratische Kräfte stärken

200 Eine gute Partnerschaft mit den östlichen Nachbarn der EU ist im ureigenen Interesse
 Europas
 201 und wichtiger Baustein für Stabilität und Frieden in der Region. Die Östliche
 Partnerschaft
 202 der EU, die seit 2009 mit Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldau und der

Ukraine

203 besteht, muss weiter gestärkt und die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche
204 Integration dieser Staaten weiter vorangetrieben werden. Dabei dürfen europäische
Grundwerte
205 nicht für wirtschaftliche Interessen geopfert werden. Der Kampf gegen Korruption,
206 demokratische und rechtsstaatliche Reformen und die Wahrung der Menschenrechte
müssen in
207 diesen Ländern noch stärker von der EU eingefordert werden. Die wichtige Anbindung
der
208 östlichen Nachbarn an die EU ist gleichzeitig eine Herausforderung für das Verhältnis
zu
209 Russland, da Russland versucht, die engere Zusammenarbeit der östlichen Staaten mit
der EU
210 zu verhindern.

211 Unter Präsident Putin hat Russland mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim,
dem
212 militärischen Vorgehen in der Ostukraine und mit dem brutalen militärischen
Eingreifen in
213 Syrien auf der Seite Assads zu einer erheblichen Verschärfung der internationalen
Spannungen
214 beigetragen. Gerade bei unseren osteuropäischen Nachbarn hat das tiefe historische
215 Erinnerungen hervorgerufen. Die Verletzung der territorialen Integrität anderer
Staaten
216 durch Russland ist inakzeptabel. Das gilt für die völkerrechtswidrige Annexion der Krim
ebenso wie für die nunmehr zehnjährige Besatzung der georgischen Gebiete
217 Südossetien und
218 Abchasien durch Russland und den Versuch der illegalen Grenzziehung in diesen
Gebieten. Die
219 EU muss hier klar für die Unversehrtheit der Grenzen in Europa eintreten und ihre
220 politischen und diplomatischen Anstrengungen für eine friedliche Lösung des Konflikts
im
221 Südkaukasus verstärken.

222 In Bezug auf Russland gibt es keine Abstriche in unserem Eintreten für Demokratie und
223 Menschenrechte und die Einhaltung des Völkerrechts. Eine Lösung des Konfliktes in der
Ukraine kann nur eine politische und diplomatische sein. Daher halten wir am Minsker
224 Abkommen fest. Solange Russland gegen dieses verstößt, befürworten wir die
225 gezielten
226 Sanktionen der EU. Wir wenden uns gegen jede Verletzung der Grund- und
Menschenrechte von
227 Aktivist*innen, Journalist*innen, Oppositionellen und Minderheiten in Russland. Mit
Sorge
228 sehen wir Versuche von russischer Seite, die Europäische Union und ihre
Mitgliedstaaten zu
229 schwächen. Russland hat kein Interesse an einem geschlossenen und demokratischen
Europa. Das
230 wurde durch die Hacks, die Wahlbeeinflussung über soziale Netzwerke und die
erhebliche

231 finanzielle Unterstützung anti-demokratischer Kräfte in vielen europäischen Staaten
232 deutlich. Darauf muss sich die Europäische Union noch besser einstellen. Die Antwort
muss in
233 einer Stärkung der EU liegen. Wo immer es möglich ist, suchen wir die Kooperation mit
234 Russland, deshalb bleiben wir auch im Gespräch. Sicherheit, Frieden und Abrüstung
lassen
235 sich nicht erreichen, wenn man sich anschweigt.
236 Europäisches Engagement für Stabilität und Frieden im Nahen Osten
237 Der grausame Krieg in Syrien, der seit über sieben Jahren tobt, Hunderttausenden das
Leben
238 gekostet und Millionen von Menschen in die Flucht getrieben hat, findet vor Europas
Haustür
239 statt. Die EU sollte alle bestehenden Friedensinitiativen unterstützen. Solange der
Krieg
240 ungehindert fortgesetzt wird, müssen Sanktionen und Einreiseverbote gegen
hochrangige
241 syrische und russische Militäranghörige ausgeweitet und ihre Konten in der EU
eingefroren
242 werden.
243 Die einseitige Aufkündigung des Atom-Abkommens mit dem Iran durch US-Präsident
Trump könnte
244 die ohnehin instabile Region in einen weiteren blutigen Konflikt stürzen. Es droht ein
245 nukleares Wettrüsten in der Region, das ganz konkret auch die Sicherheit in der
Europäischen
246 Union bedroht. Dazu kommt der Schaden für das transatlantische Verhältnis und die
247 multilaterale Ordnung insgesamt. Die EU muss jetzt alles daransetzen, das Iran-
Abkommen am
248 Leben zu halten und die atomare Abrüstung des iranischen Regimes voranzubringen.
Zusätzlich
249 muss sich die EU gegenüber allen Regionalmächten um die Durchsetzung einer
Friedensordnung
250 bemühen.
251 Das deutsch-israelische Verhältnis ist durch die Verfolgung und Ermordung der
europäischen
252 Jüdinnen und Juden durch das nationalsozialistische Deutschland geprägt. Das
Existenzrecht
253 und die Sicherheit Israels mit gleichen Rechten für all seine Bürgerinnen und Bürger
sind
254 daher unverhandelbar. Wir Grünen setzen uns weiterhin für eine Zwei-Staaten-
Regelung ein, um
255 die Sicherheit des Staates Israel zum Wohle aller seiner Bewohnerinnen und Bewohner
sowie
256 die Schaffung eines souveränen, lebensfähigen und demokratischen Staates Palästina
auf der
257 Grundlage der Grenzen von 1967 zu gewährleisten. Es kann nur eine gewaltfreie
Lösung geben.
258 Wir wenden uns mit aller Entschiedenheit gegen den Terror der Hamas. Die
zunehmende

259 Diskriminierung von Minderheiten in Israel lehnen wir ab, ebenso wie den illegalen
 260 Siedlungsbau. Während wir der palästinensischen Zivilgesellschaft nicht absprechen,
 selbst
 261 über gewaltfreie Strategien zur Beendigung der Besatzung zu entscheiden, lehnen wir
 einen
 262 Boykott Israels als Instrument deutscher und europäischer Außenpolitik ab. Wir wollen
 263 weiterhin mit allen Kräften in Israel und Palästina zusammenarbeiten, die sich gegen
 eine
 264 Fortdauer der Besatzung, gegen eine Spaltung der israelischen Gesellschaft und für
 eine
 265 Zwei-Staaten-Lösung einsetzen.

266 Seit drei Jahren tobt auch im Jemen ein brutaler Krieg, in dem die Huthi-Rebellen mit
 267 Unterstützung des Iran gegen die jemenitische Regierung und die von Saudi-Arabien
 angeführte
 268 Militärallianz kämpfen. In dem unerbittlichen Krieg sind bereits mehr als 10.000
 Menschen
 269 ums Leben gekommen, 80 % der Bevölkerung sind auf humanitäre Hilfe angewiesen,
 darunter
 270 viele Kinder. Die EU muss ihrer humanitären Verantwortung gerecht werden und alles
 dafür
 271 tun, um einen sofortigen Waffenstillstand der beteiligten Militärmächte und der
 Rebellen zu
 272 erreichen. Politisch muss auf die Kriegsparteien eingewirkt werden, um die
 Kampfhandlungen
 273 umgehend zu stoppen, die durch Saudi-Arabien errichtete Seeblockade aufzulösen und
 274 Hilfsgüter ins Land zu lassen. Jegliche Lieferung von Waffen und Rüstungsgütern an
 Saudi-
 275 Arabien muss ein Ende haben. Es darf nicht sein, dass Europa indirekt diesen Krieg
 auch noch
 276 anheizt.

277 Demokratische Kräfte in der Türkei stärken

278 Die Türkei ist eines der Schlüsselländer, um unsere Nachbarregionen zu stabilisieren.
 Aber
 279 auch Präsident Erdogan und die AKP haben sich zu einer autoritären, autokratischen
 Regierung
 280 entwickelt. In dieser Zeit gilt es umso mehr, diejenigen zu unterstützen, die trotz
 schwerer
 281 Repressalien und systematischer Verfolgung in der Türkei für Demokratie,
 Rechtsstaatlichkeit
 282 und Weltoffenheit eintreten. Wir verurteilen die von Präsident Erdogan eingeschlagene
 283 Politik hin zu einem autoritären Präsidialsystem und die massiven Angriffe auf
 284 Oppositionelle, die Zivilgesellschaft, die Meinungs- und Pressefreiheit, die
 285 völkerrechtswidrigen Angriffe des türkischen Militärs auf Syrien und den Nordirak
 sowie die
 286 Abkehr von einem friedlichen und politischen Lösungsprozess in der Kurdenfrage. Es
 braucht
 287 nun eine grundlegende Neuvermessung der europäisch-türkischen Beziehungen. Mehr
 denn je muss

288 die EU klare Haltung für Demokratie und Menschenrechte zeigen. Für die europäische
Ebene
289 bedeutet das unter anderem: Über eine Ausweitung der Zollunion kann erst verhandelt
werden,
290 wenn die Türkei eine Kehrtwende zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
vollzieht. Alle
291 Rüstungsexporte europäischer Mitgliedstaaten gehören beendet, ebenso wie die
Beteiligung
292 europäischer Unternehmen an Rüstungskonsortien in der Türkei.

293 Die Türkei hat über 3 Millionen Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen. Deren
Versorgung nach
294 humanitären Standards muss die EU finanziell unterstützen. Auch sollten die EU-
Staaten
295 dringend Kontingente zur Entlastung der dortigen Strukturen anbieten.

296 Das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei ist eine Folge der Weigerung der EU-
Mitgliedstaaten,
297 zu einer gemeinsamen solidarischen Lösung in der Flüchtlingskrise zu kommen. Es hat
zu
298 katastrophalen Lagern auf Lesbos und anderen griechischen Inseln geführt und
untergräbt
299 durch Abschiebungen ohne Asylrechtsprüfung das Recht auf Asyl. Diesen EU-Türkei-
Deal wollen
300 wir beenden.

301 Praktisch liegen die Beitrittsgespräche mit der Türkei bereits auf Eis. Die
Wiederaufnahme
302 der Verhandlungen muss an strenge, messbare Bedingungen geknüpft sein.
Insbesondere mit
303 Blick auf die Verfassungsreform und die jüngsten Wahlen in der Türkei ist eines
deutlich:
304 Ein EU-Beitritt der Türkei ist unter Präsident Erdogan nicht vorstellbar. Zugleich gilt: Für

305 eine demokratische und weltoffene Türkei müssen die Türen zur EU offen bleiben. Ein
formaler
306 Abbruch der Beitrittsgespräche wäre falsch. Die vielen proeuropäischen Kräfte in der
Türkei
307 brauchen dieses Signal und weiterhin unsere Unterstützung. Umso bedeutender ist es
deshalb,
308 die noch bestehenden EU-Beitrittshilfen ausschließlich an prodemokratische
Organisationen
309 auszuzahlen und die Verwendung der Gelder deutlich strenger zu kontrollieren als
bislang.

310 Zukunftspakt mit Afrika

311 Afrika hat für die EU auch wegen der finsternen Kolonialgeschichte eine besondere
Bedeutung.
312 Statt eine Partnerschaft auf Augenhöhe anzustreben, stehen derzeit vor allem
313 Migrationskontrolle und militärische Zusammenarbeit im Vordergrund. Die
gegenwärtige Agrar-,
314 Handels- und Ressourcenpolitik laufen den Zielen einer nachhaltigen Partnerschaft

zuwider.
315 Diese Politik bekämpft keine Probleme, sondern verschärft die Situation derjenigen, die
am
316 meisten unter Armut und globaler Ungerechtigkeit zu leiden haben. Wir wollen unsere
317 afrikanischen Partner dabei unterstützen, lebenswerte Perspektiven für die Menschen
vor Ort
318 zu schaffen und damit auch langfristig Fluchtgründe zu bekämpfen. Dies wollen wir vor
allem
319 durch eine Stärkung afrikanischer Organisationen wie der Afrikanischen Union oder der
320 Afrikanischen Entwicklungsbank erreichen. Deshalb schlagen wir einen Zukunftspakt
zwischen
321 der EU und Afrika vor. Kern ist eine Partnerschaft, die auf dem offenen und
transparenten
322 Ausgleich gegenseitiger Interessen und Forderungen basiert. Um eine nachhaltige
Entwicklung
323 im gesamten globalen Süden einzuleiten, braucht es eine kohärente Politik, die sich an
der
324 Agenda 2030 der Vereinten Nationen, am Klimaabkommen von Paris und an der
Aktionsagenda von
325 Addis Abeba orientiert.

326 Europäische China-Politik: Kooperation auf Basis klarer Werte

327 Europas Verhältnis zu China ist über die letzten Jahre wichtiger, aber auch schwieriger
328 geworden. Deutschlands Beziehungen zur Volksrepublik sind besonders eng. Daraus
erwächst
329 eine hohe Verantwortung dafür, dazu beizutragen, dass die EU gegenüber China
vermehrt mit
330 einer Stimme spricht. Das gilt für die Abwehr chinesischer Dumpingexporte, für den
331 verantwortlichen Umgang mit Investitionen, die Belange der Sicherheit oder der
öffentlichen
332 Ordnung beeinträchtigen könnten, oder für faire Chancen europäischer Unternehmen
in China.
333 Es gilt nicht weniger für die gemeinsame Vertretung unserer gemeinsamen Werte,
vornean der
334 Menschenrechte. Und es gilt auch gegenüber Chinas Außenpolitik, die zunehmend
eine der
335 harten Hand ist und zunehmende Drohungen gegenüber der Selbstverwaltung Taiwans
einschließt.

336 Wir unterstützen Europas „Ein-China-Politik“ und teilen die Auffassung, dass Chinas
337 Vereinigung nicht gegen den Willen der Bevölkerung Taiwans erzwungen werden darf.

338 Chinas heutige Führung, die im Inneren zum Totalitarismus zurückkehrt, befindet sich
mit
339 ihren Konzepten der „neuen Seidenstraße“, des „Made in China 2025“ und der
„globalen
340 Schicksalsgemeinschaft“ auf dem Weg zur globalen Supermacht, die Multilateralismus
nur
341 mitmacht, wo er ihr nutzt. Europa muss der chinesischen Herausforderung mit der
Bereitschaft
342 zur Kooperation, aber auch mit Klarheit in der Vertretung der eigenen Werte und

Interessen

343 und mit Selbstbewusstsein begegnen.

344 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 345 • eine Initiative für die Reform und Stärkung der Vereinten Nationen,
- 346 • die materielle und finanzielle Stärkung der OSZE,
- 347 • die Stärkung des humanitären Völkerrechts und des internationalen Strafrechts
zur
- 348 Verfolgung schwerster Menschenrechtsverbrechen,
- 349 • einen Zukunftspakt mit Afrika.

350 **4.3 Krisen vermeiden, Frieden und Sicherheit garantieren**

351 Als Friedensmacht ist es oberste Pflicht von uns Europäerinnen und Europäern, aktiv
an einer
352 globalen, multilateralen Friedensordnung im Rahmen der Vereinten Nationen
mitzuarbeiten. Im
353 Mittelpunkt muss eine Politik stehen, die verhindert, dass Krisen und Konflikte
überhaupt
354 entstehen. Von einer kohärenten, vollständig koordinierten Krisenprävention der EU
sind wir
355 noch weit entfernt. Wenn die EU ihre Rolle als zivile Macht ernst nimmt, darf sie nicht
nur
356 auf die Verteidigung schauen. Zivile und präventive Maßnahmen sind frühzeitig zu
ergreifen
357 und nicht erst, wenn Konflikte schon entflammt sind. Das gilt besonders auch für Post-
358 Konflikt-Situationen. Das Wiederaufflammen von Kriegen und gewaltsamen Konflikten
lässt sich
359 am besten verhindern, wenn frühzeitig Strukturen vor Ort aufgebaut werden, die
Sicherheit
360 herstellen und die Versorgung aller Menschen in einer Region ermöglichen.

361 Damit sich Friedenspolitik auf europäischer Ebene nicht nur am kleinsten
gemeinsamen Nenner
362 orientiert, setzen wir uns für das Prinzip von Mehrheitsentscheidungen in der Außen-
und
363 Sicherheitspolitik im Europäischen Rat ein. Eine zivile Säule des außenpolitischen
Handelns,
364 die Diplomatie, ist der nachhaltigere, stärkere Pfeiler einer
menschenrechtsorientierten
365 Friedens- und Außenpolitik. Dementsprechend wollen wir den Europäischen
Auswärtigen Dienst
366 stärken und ausbauen. Wir plädieren dafür, die konsularischen Dienste der
Mitgliedsländer
367 gemeinsam in europäischen Botschaften zu bündeln und dadurch Personalkapazitäten
für die
368 eigentlichen diplomatischen Aufgaben freizusetzen.

369 Wir unterstützen den Europäischen Auswärtigen Dienst in seinen Bestrebungen, auch
für den

370 zivilen Bereich feste Ausbauziele und gemeinsame Schwerpunkte festzulegen. Ähnlich
wie die
371 Battlegroups im militärischen Bereich brauchen wir auch ein ziviles Einsatzteam, damit
im
372 Krisenfall schnell zivile staatliche und nicht staatliche Experten wie Polizisten, Juristen,
373 Mediatoren oder Verfassungsexperten entsandt werden können. Wir wollen die Mittel
und das
374 Personal für zivile Krisenprävention und die zivilen EU-Polizei- und
Rechtsstaatsmissionen
375 deutlich erhöhen und ihre Finanzierung gerechter unter den Mitgliedstaaten verteilen.
376 Außerdem wollen wir das Europäische Friedensinstitut finanziell stärker in seiner
377 Mediationsarbeit unterstützen.

378 Wir stellen uns gegen den fatalen Paradigmenwechsel, zivile Gelder aus dem EU-
Haushalt für
379 militärische Zwecke oder zur Abwehr von Geflüchteten umzuwidmen. Die Trennschärfe
zwischen
380 entwicklungspolitischen und militärischen Maßnahmen muss bewahrt werden. Wir
lehnen sowohl
381 die Öffnung des Instruments für Stabilität und Frieden für militärische Zwecke ab als
auch
382 den Plan der EU-Kommission, dieses Instrument 2020 auslaufen zu lassen. Stattdessen
fordern
383 wir eine Verdoppelung der Mittel im Bereich der zivilen Krisenprävention.

384 Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete stoppen

385 Europa exportiert Waffen und Rüstungsgüter in Kriegs- und Krisengebiete sowie in
Diktaturen.
386 Das wollen wir stoppen. Nationale Wirtschaftsinteressen dürfen nicht Frieden
gefährden. Auch
387 wollen wir nicht, dass Überwachungssysteme zur Unterdrückung von Menschen in
Diktaturen
388 genutzt werden. Wir fordern daher, dass die gemeinsamen Regeln für die
Ausfuhrkontrolle von
389 Militärtechnologie und Militärgütern (gemeinsamer Standpunkt des Rats von 2008)
390 rechtsverbindlich und einklagbar werden.

391 Wir setzen uns auf europäischer Ebene für den Erhalt und die Stärkung internationaler
und
392 regionaler Rüstungskontrollregime ein. Die EU muss darauf hinwirken, diese
Abkommen auch auf
393 neue Bereiche der Kriegsführung – wie den Cyberraum oder Outer Space –
auszudehnen. Wir
394 wollen, dass die EU für die Einbeziehung bewaffneter unbemannter Luftfahrzeuge in
395 internationale Abrüstungs- und Rüstungskontrollregime eintritt. Weiterhin sollte sie
sich
396 für eine präventive völkerrechtliche Ächtung autonomer Waffensysteme einsetzen.
Außerdem
397 muss die EU zur atomaren Abrüstung beitragen, sowohl im Innern durch den Einsatz
für ein
398 atomwaffenfreies Europa als auch international.

399 Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

400 Heutzutage werden Sicherheitsrisiken immer komplexer und reichen von der
401 Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Cyberangriffen bis hin zur Bedrohung der Energie- und
402 Umweltsicherheit, während zugleich militärische Annexionen direkt vor unserer
Haustür
403 stattfinden. Europa kommt gar nicht darum herum, sich diesen Herausforderungen
stärker
404 selbst zu stellen. Die NATO hat nach wie vor eine wichtige Bedeutung für die
Sicherheit
405 Europas. Doch angesichts der Spannungen und Konflikte im NATO-Bündnis ist es
sinnvoll, die
406 Sicherheit Europas stärker gemeinsam voranzutreiben. An der Vision einer
gesamteuropäischen
407 Sicherheitsordnung, die den Raum der OSZE umfasst, halten wir fest. In diesem Sinne
wollen
408 wir an einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsunion arbeiten und die verstärkte
409 Zusammenarbeit der Streitkräfte in der EU ausbauen, anstatt immer mehr Geld in
nationale
410 Rüstungssektoren zu pumpen.

411 Forderungen aus der NATO, die nationalen Militärausgaben auf 2 % des
Bruttoinlandsprodukts
412 zu steigern, lehnen wir ab. Aus Sicht der EU-Kommission würden sich schon jetzt durch
eine
413 tiefgehende Kooperation im Verteidigungsbereich Einsparungsmöglichkeiten von 25
bis 100
414 Milliarden Euro pro Jahr ergeben. Statt 17 nicht funktionsfähiger Systeme sollten wir
besser
415 ein funktionierendes System schaffen. Wir unterstützen daher grundsätzlich die
ständige und
416 strukturierte Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich (PESCO), wobei die zivile Seite
der
417 Sicherheitskooperation bislang deutlich hinterherhinkt. Die Zusammenarbeit im
418 Verteidigungsbereich darf aber nicht dazu führen, dass wir zusätzliches Geld in ein
419 ineffizientes System der Verteidigungsbeschaffung stecken. Was europäisch getan
wird, darf
420 nicht noch parallel national weitergeführt und finanziert werden. Vielmehr wollen wir
eine
421 sicherheitspolitische Integration auf europäischer Ebene im Rahmen des EU-Budgets
im Sinne
422 einer echten Umsetzung des „pooling & sharing“. Die europäischen
Verteidigungsausgaben
423 dürfen auch nicht zu Lasten anderer Aufgaben der EU gehen. Die Umwidmung bisher
ziviler
424 Haushaltstitel auf EU-Ebene lehnen wir ab. Wir sind gegen eine Etablierung von
425 Parallelstrukturen zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Ein
426 gemeinsames außen- und sicherheitspolitisches Vorgehen Europas kann es nur
innerhalb der
427 Strukturen der Europäischen Union geben.

428 Damit der Einsatz des Militärs auch wirklich das äußerste Mittel bleibt, muss der zivile
429 Aspekt der Sicherheit deutlich gestärkt werden, wozu vor allem die Nichtverbreitung
von
430 Waffen, die Verhinderung von Völkermord, die wirtschaftliche Entwicklung, die
431 Rechtsstaatlichkeit, die Vermittlung und Versöhnung und die territoriale Integrität
zählen.
432 Wichtig ist für uns, dass die gemeinsamen Verteidigungsprojekte auch
parlamentarisch durch
433 das Europäische Parlament kontrolliert werden. Aus nationaler Erfahrung wissen wir,
dass
434 Großprojekte ohne Transparenz und echte Kontrollmöglichkeiten häufig in
Missmanagement und
435 Korruption enden.

436 Außerdem brauchen wir eine regelmäßige Debatte zu Einsätzen, die im Rahmen der
Missionen der
437 Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU durchgeführt
werden. Auch
438 die Evaluierung solcher Missionen sollte durch das Europaparlament erfolgen.
Nationale
439 Parlamentsvorbehalte dürfen im Zuge einer stärkeren Rolle des Europäischen
Parlaments aber
440 nicht abgeschafft oder unterwandert werden. Mitgliedstaaten sollen auch in Zukunft
die
441 Möglichkeit haben, nicht an GSVP-Missionen teilzunehmen.

442 Europäischer Beitrag zur Konfliktprävention, Friedenssicherung und Schutz vor
Verbrechen
443 gegen die Menschlichkeit

444 Eine an den Menschenrechten orientierte Außenpolitik, die dem Schutzprinzip des
Völkerrechts
445 verpflichtet ist, bedeutet auch, zu handeln, wenn Menschenrechte massiv verletzt
werden. Wir
446 setzen uns daher für den Ausbau der europäischen Polizei- und Rechtsstaatsmissionen
ein wie
447 auch für Ausbildungs- und Unterstützungsmissionen zur Vorsorge oder zur
Stabilisierung von
448 Friedensprozessen.

449 Wir stehen zu einer Kultur der militärischen Zurückhaltung und für das Primat des
Zivilen.
450 Die Anwendung militärischer Gewalt ist immer ein Übel. Es gibt jedoch Situationen, in
denen
451 militärische Gewalt unter eng begrenzten Bedingungen als äußerstes Mittel im Sinne
der
452 Schutzverantwortung der VN notwendig ist, weil nationale Regierungen nicht in der
Lage oder
453 willens sind, Menschen vor schweren Menschenrechtsverbrechen zu schützen. Dabei
steht an
454 erster Stelle immer die Prävention, also das Verhindern gewaltsamer Entwicklungen.
Wir
455 machen uns die Entscheidung über Militäreinsätze niemals einfach, sondern prüfen

mögliche

456 Mandate kritisch und sorgfältig.

457 Für uns gelten die VN-Charta und das Völkerrecht. Wir werden Einsätzen der Bundeswehr nur

458 auf Grundlage der VN-Charta und mit einem Mandat der Vereinten Nationen nach Kapitel VI oder

459 VII der VN-Charta zustimmen. Allerdings kann ein Nichthandeln aufgrund einer Blockadehaltung

460 einer oder mehrerer Vetomächte das Völkerrecht und die Vereinten Nationen ebenso massiv

461 beschädigen wie das Handeln ohne ein Mandat. Wenn der Sicherheitsrat blockiert ist, muss

462 sich die Generalversammlung damit befassen. Einsätze müssen grundgesetzkonform sein und im

463 Rahmen eines Systems kollektiver Sicherheit erfolgen. Ohne eine umfassende zivile Gesamtstrategie und eine Einbettung in klare Konzepte für die Zukunft des

464 betroffenen

465 Staates dürfen militärische Interventionen nicht erfolgen.

466 Wer GRÜN wählt, stimmt für

467 • mehr Finanzmittel und Personal für europäische Polizei- und Rechtsstaatsmissionen,

468 • eine europäische Sicherheitsunion, die parlamentarisch kontrolliert wird,

469 • keine Waffenlieferungen an Diktatoren und in Kriegs- und Krisengebiete,

470 • eine Verdoppelung der Mittel für zivile Krisenprävention.

471 **4.4 Globale Gerechtigkeit und Entwicklung fördern**

472 Für eine gerechte Globalisierung brauchen wir eine EU, die eine menschenrechtsbasierte

473 globale Strukturpolitik vorantreibt, aktiv wird und nicht in Nationalismen zurückfällt.

474 Politikkohärenz im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung ist unser Ziel, damit beispielsweise

475 Handelspolitik nicht Entwicklungszusammenarbeit torpediert. Die 17 globalen

476 Nachhaltigkeitsziele, beschlossen im Jahr 2015 von den Vereinten Nationen, müssen innerhalb

477 der EU und global umgesetzt werden. Entwicklung gelingt nur dann, wenn wir soziale, ökologische und wirtschaftliche Kriterien zusammendenken. Ziele wie

479 „Geschlechtergerechtigkeit“, „saubere Energie“, „gute Bildung“, „Frieden, Gerechtigkeit und

480 starke Institutionen“ der Agenda 2030 müssen wir in der EU durch eine ambitionierte

481 Nachhaltigkeitsstrategie verwirklichen. Wir müssen unsere Politik ändern, wenn

482 Agrarsubventionen Märkte in armen Ländern zerstören, wenn europäische Rechtsräume zur

483 Geldwäsche oder für die Steuer- und Kapitalvermeidung missbraucht werden oder wenn unsere

484 Handelspolitik Entwicklungschancen zerstört. Eine sozial-ökologische, vielfältige EU ist der

485 richtige Weg, um dem neuen Nationalismus und den antidemokratischen Kräften
486 entgegenzutreten.

487 Dies ist auch die beste Antwort auf die Herausforderungen weltweiter
Fluchtbewegungen, um
488 Menschen davor zu bewahren, ihre Heimat verlassen zu müssen, sei es aufgrund von
Verfolgung,
489 Folter, Kriegen, Hunger, Dürren oder anderen Krisen. Wir müssen endlich die
strukturellen
490 Ursachen der Zerstörung von Lebensgrundlagen konsequent angehen. Unser
Lebensstil, unsere
491 Art zu konsumieren, unser Wirtschaftssystem zerstören die Lebensgrundlagen von
Millionen von
492 Menschen im Süden unseres Planeten. Europäische Unternehmen exportieren
Rüstungsgüter in
493 Krisengebiete, überfischen die Weltmeere, und unsere Gesellschaften nehmen in Kauf,
dass
494 unsere Agrarexporte andernorts die Existenzgrundlage von Bäuerinnen und Bauern
zerstören.
495 Menschen, die nichts mehr zu verlieren haben, lassen sich weder mit höheren Zäunen
noch mit
496 Patrouillenbooten oder durch Pakte mit Autokraten aufhalten. Stattdessen braucht es
eine
497 kohärente internationale Politik und strukturelle Reformen in Bereichen wie Handel,
498 Landwirtschaft, Energie, Fischerei, Außenpolitik und Klimaschutz, wie sie die
nachhaltigen
499 Entwicklungsziele der UN vorgeben.

500 Die EU-Mitgliedstaaten haben sich schon lange zu einer Erhöhung der
Entwicklungsfinanzierung
501 auf 0,7 % des Bruttoinlandsprodukts verpflichtet – die immer noch nicht erreicht sind.
Wir
502 sprechen uns klar dagegen aus, dass Ausgaben für Flüchtlinge im Inland und innerhalb
der
503 Europäischen Union als Ausgaben für die Entwicklungsfinanzierung gerechnet werden
können.
504 Vielmehr brauchen wir überprüfbare Zwischenschritte, um das 0,7%-Ziel in der EU
tatsächlich
505 zu erreichen. Die wirtschaftlich starken Länder der EU stehen hier besonders in der
Pflicht
506 und müssen gemeinsam vorangehen. Dabei sind Entwicklungsgelder nicht alles. Wir
setzen uns
507 dafür ein, dass die EU konsequent die Kapital- und Steuervermeidung aus
Entwicklungs- und
508 Schwellenländern begrenzt. Dazu gehören Transparenzregister, das Austrocknen
europäischer
509 Steuersümpfe und die verpflichtende, länderbasierte Berichterstattung globaler
Konzerne, die
510 in der EU ihren Sitz haben.

511 Der humanitäre Bedarf der Vereinten Nationen zur Vermeidung von Hungersnöten
oder
512 schlimmsten Katastrophen wird von der Staatengemeinschaft immer wieder nicht

erfüllt,
513 allerhöchstens erst nach wiederholten Appellen und Sondergipfeln. Wir wollen eine
Stärkung
514 und ausreichende Finanzierung der europäischen und internationalen Organisationen
in diesem
515 Bereich, dazu zählt insbesondere auch eine finanziell bessere Ausstattung der
europäischen
516 Organisation für humanitäre Hilfe, ECHO. Auch die nationalen europäischen Hilfen
sollen
517 besser koordiniert sein.

518 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 519 • die Erhöhung der Entwicklungsfinanzierung,
- 520 • die Bekämpfung von Kapital- und Steuerflucht aus Entwicklungs- und
Schwellenländern,
- 521 • eine Stärkung und bessere finanzielle Ausstattung der europäischen Organisation
für
522 humanitäre Hilfe.

523 **4.5 Fairen und offenen Welthandel voranbringen**

524 Die globale Arbeitsteilung hat unzähligen Ländern mehr Wohlstand gebracht. Millionen
525 Menschen in sich entwickelnden Ländern haben auch dadurch den Sprung aus
extremer Armut
526 geschafft. Der Austausch von Waren und Dienstleistungen fördert die Verbreitung von
527 Innovationen und trägt zu friedlichen Beziehungen zwischen den Nationen bei. Doch
528 gleichzeitig führt eine unregulierte Globalisierung viel zu oft zur Ausbeutung von
Menschen
529 und Umwelt und beschleunigt die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Der aktuelle
globale
530 Wettbewerb setzt soziale und ökologische Standards in den Staaten unter Druck. Die
531 Wohlstandsgewinne aus dem globalen Handel sind teilweise extrem ungleich verteilt.

532 Der offene Welthandel soll fair, ökologisch und gerecht gestaltet sein und Mensch und
Umwelt
533 in den Mittelpunkt stellen. In diesem Sinne setzen wir uns dafür ein, dass die
Europäische
534 Union eine führende Rolle bei der sozial-ökologischen Regulierung des Welthandels
einnimmt.

535 Global und demokratisch

536 Die Welthandelsordnung steht unter Druck. Verhandlungen in der
Welthandelsorganisation (WTO)
537 stecken in der Sackgasse. Immer mehr Staaten setzen darauf, nur mit einzelnen
anderen
538 Staaten Handelsabkommen abzuschließen. Die „America-first-Politik“ von Donald
Trump oder
539 Chinas aggressive Industriepolitik verstärken den Sog zu immer mehr bilateralen
Abkommen.

540 Wir sehen das skeptisch, denn dabei geraten die Interessen von Ländern, die keinen
541 Platz am
542 Verhandlungstisch haben, immer unter die Räder und die Verhandlungsposition
543 ärmerer Länder
544 wird geschwächt.

543 In einer echten globalen Partnerschaft dürfen nicht nur die wirtschaftlich Stärksten
544 entscheiden. Deswegen fordern wir die Wiederbelebung der Verhandlungen im
545 Rahmen der WTO.
546 Dazu sollte die EU einen Vorschlag vorlegen, der die WTO und das Welthandelssystem
547 reformiert und neu belebt und langfristig unter das Dach der Vereinten Nationen stellt.

547 Die Errichtung einer neuen globalen Welthandelsordnung wird Zeit brauchen. Daher
548 können für
549 den Übergang auch Abkommen zwischen einzelnen Staaten und Wirtschaftsräumen
550 sinnvoll sein.
551 An diese Abkommen legen wir aber harte Kriterien an. Sie dürfen nicht zu Lasten
552 Dritter
553 gehen. Sie müssen demokratisch und transparent zustande kommen. Und sie müssen
554 Umwelt- und
555 Klimaschutz, Menschenrechte, Entwicklung und soziale Gerechtigkeit voranbringen.
556 Getrieben
557 von einer konservativ-neoliberalen Mehrheit wurde in Europa eine Handelspolitik
558 vorgebracht, die diesen Grundsätzen widerspricht oder sie sogar in ihr Gegenteil
559 verkehrt.
560 Im Mittelpunkt stehen die Interessen von großen Konzernen, während Verstöße gegen
561 Umweltschutz, Arbeitnehmer*innen- und Menschenrechte weiterhin nicht bestraft
562 werden.

556 Wir sind zusammen mit einer breiten europäischen Zivilgesellschaft erfolgreich
557 dagegen auf
558 die Straße gegangen und haben dazu beigetragen, dass TTIP nicht gekommen ist und
559 bei CETA
560 und JEFTA einseitige Gerichte für private Investoren erstmal verhindert werden
561 konnten. Das
562 macht deutlich, dass es sich lohnt, für faire, ökologische, gerechte und demokratische
563 Handelsabkommen zu streiten, auch wenn wir noch nicht am Ziel sind.

561 Wir Grünen lehnen das Abkommen mit Japan (JEFTA) deshalb in dieser Form ab, zum
562 Beispiel
563 wegen der mangelnden Verankerung und Durchsetzung des Vorsorgeprinzips und des
564 Pariser
565 Klimaschutzabkommens im Vertragstext. Gerade mit Ländern wie Japan bestünde die
566 Chance, es
567 endlich besser zu machen.

565 Ein Großteil von CETA ist bereits in Kraft, die problematischen Teile, die auch national
566 ratifiziert werden müssen, noch nicht. Diese wollen wir in der aktuellen Form nicht
567 ratifizieren.

568 Beim Abkommen mit den südamerikanischen Staaten (Mercosur) setzt die EU auf die
569 Liberalisierung bei Dienstleistungen, obwohl öffentliche Wasser- und Stromversorgung
570 gerade
571 in den Ländern des Mercosur ein wichtiges Mittel zur Armutsbekämpfung sind.

Gleichzeitig ist
571 auf Bestreben Brasiliens der Schutz des Amazonas-Regenwaldes aus dem Vertragstext
572 geflogen. Wir wollen auch mit unseren Handelspartnern in Südamerika Umwelt, Verbraucher und
573 Menschenrechte in den Mittelpunkt von Handelsverträgen rücken.
574 Unsere grüne Alternative zur bisherigen EU-Handelspolitik ist eine Handelspolitik, die
575 die Globalisierung gerecht gestaltet. Es ist nicht hinnehmbar, dass es
576 Sonderschiedsgerichte für Investoren zwischen Rechtsstaaten gibt, während Klimaschutz, Menschenrechte oder
577 das Vorsorgeprinzip nur schmückende Prosa bleiben. Wir lehnen einseitige Gerichte für
578 private Investoren ab.
579 Wir setzen uns stattdessen für einen ständigen internationalen Handelsgerichtshof ein,
580 vor dem nicht nur Unternehmen klagen können, sondern auch Betroffene gegen die
581 Verletzung menschenrechtlicher, sozialer und umweltrelevanter Verpflichtungen durch
582 transnationale Unternehmen. Der Vorschlag der EU-Kommission für einen multilateralen
583 Investitionsgerichtshof (MIC) erfüllt diese Voraussetzungen nicht. Parlamente dürfen
584 durch Regeln zur regulatorischen Zusammenarbeit in Handelsabkommen nicht umgangen
585 oder geschwächt werden.
586 Das Vorsorgeprinzip, nach dem die Unbedenklichkeit von Produkten vor der Zulassung
587 nachgewiesen werden muss, ist die tragende Säule des europäischen Schutzes von
588 Umwelt und Verbraucher*innen. Die bestehende Verankerung des Vorsorgeprinzips im Primärrecht
589 der EU reicht hierzu nicht aus. Deshalb wollen wir, dass es für alle Bereiche der EU-
590 Handelsabkommen gilt. Auch Produkte, deren Verkauf in Europa verboten ist, wie
591 bestimmte Giftstoffe und Waffen, sollten hier auch nicht produziert und dann exportiert werden
592 dürfen.
593 Wir wollen im Handel auch die Interessen von kleinen und mittleren Unternehmen
594 stärken und damit der Konzentration von wirtschaftlicher Macht entgegenwirken. Sie profitieren
595 von Zollreduktion und einheitlichen technischen Standards.
596 Für faire Arbeitsbedingungen, Klimaschutz und Menschenrechte
597 Handel sollte soziale Gerechtigkeit, faire Arbeitsbedingungen und Menschenrechte
598 unterstützen. Menschenrechte und die Arbeitnehmerschutzrechte der internationalen
599 Arbeitsorganisation, also die ILO-Kernarbeitsnormen, müssen im Handel fest verankert
600 werden,
601 und ihre Verletzung muss einklagbar sein. Bei Verstößen muss die EU

Handelsvergünstigungen

600 auch entziehen. Die EU-Kommission setzt in erster Linie auf freiwillige
 601 Selbstverpflichtungen. Die Erfahrung zeigt: Das reicht nicht. Notwendig sind
 gesetzliche
 602 Sorgfaltspflichten, neue Haftungsregeln und bessere Klagemöglichkeiten innerhalb der
 EU –
 603 auch für Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen, die von europäischen
 Unternehmen
 604 verursacht werden. Wir wollen Unternehmen gesetzlich zu mehr Verantwortung und
 Transparenz
 605 in Bezug auf ihre Lieferketten verpflichten sowie dazu, Menschen- und
 Arbeiter*innenrechte
 606 einzuhalten und fairer und ökologischer Beschaffung den Vorrang zu geben.

607 Die Klimaziele von Paris müssen fester Bestandteil des Welthandels werden. Wir
 unterstützen
 608 den Vorschlag des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, die Klimaziele von
 Paris als
 609 wesentlichen Bestandteil in Handelsabkommen zu verankern und damit verbindlich
 umzusetzen.

610 Wir müssen Handel und Klima in Einklang bringen. Eine Vorreiterrolle im Klimaschutz
 darf
 611 nicht zu Nachteilen im internationalen Wettbewerb führen. Im Gegenteil wollen wir
 erreichen,
 612 dass sich ein ambitionierter Klimaschutz auch ökonomisch rechnet. Dies kann zum
 Beispiel
 613 über eine zu entwickelnde Klimaabgabe auf schmutzige Importe erfolgen, die aber
 WTO-konform
 614 ausgestaltet sein muss.

615 Unfairen Wettbewerb durch Preis- oder Standard-Dumping wollen wir verhindern. Die
 letzte
 616 Reform der europäischen Anti-Dumping-Instrumente war ein wichtiger Schritt. Es ist
 ein
 617 Erfolg grüner Politik im Europaparlament, dass Marktverzerrung nun auch bei
 Verstößen gegen
 618 internationale Arbeitnehmer- und Umweltstandards festgestellt werden kann. Wir
 wollen in
 619 kritischen Bereichen strategische Infrastruktur schützen.

620 Handelsabkommen dürfen keine Treiber von Liberalisierung, Deregulierung und
 Privatisierung
 621 werden. Wo sich Privatisierungen als Holzweg erwiesen haben, wollen wir diese
 rückgängig
 622 machen können. Die öffentliche Daseinsvorsorge muss umfassend geschützt werden.
 Kommunen
 623 dürfen in ihrer Handlungsfreiheit nicht beschränkt werden.

624 Faire Rohstoffpolitik

625 Durch viele Produkte des Alltags sind wir mit der ganzen Welt verbunden, die
 Produktion
 626 findet in Asien statt, die Rohstoffe kommen vom afrikanischen Kontinent und

konsumiert wird
627 bei uns. Wir wollen die Lieferketten besser kontrollieren. Deshalb wollen wir
transparente
628 Lieferketten mit sozialen und ökologischen Mindeststandards durch entsprechende
629 Offenlegungs- und Sorgfaltspflichten erreichen. Was in der Europäischen Union
konsumiert
630 wird, darf nicht zu Krieg und Ausbeutung beitragen.

631 Wir stehen für eine andere Rohstoffpolitik. Die Rohstoffe, die wir für unsere Handys
oder
632 Tablets benötigen, werden oft unter miserablen Bedingungen abgebaut und gehen mit
633 Menschenrechtsverletzungen, Konflikten und Umweltzerstörungen einher. Ausbeutung
darf aber
634 nicht Grundlage der Digitalisierung und unseres Konsums sein. Wir treten ein für faire
635 Rohstoffpartnerschaften, die die Bedürfnisse der Abbauländer berücksichtigen, für
Einsparung
636 des Rohstoffverbrauchs und eine nachhaltige Nutzung in Europa. Wir wollen
verbindliche
637 Standards bei Abbau, Weiterverarbeitung und Handel von Rohstoffen im Rahmen eines
transparenten Verfahrens, das auch gegen Korruption und Steuervermeidung wirkt.
Besonders
638 Konfliktmineralien müssen besser kontrolliert werden.

640 Entwicklungspartnerschaft auf Augenhöhe

641 Die gegenwärtige Handelspolitik der EU mit Entwicklungsländern ist einseitig von den
642 wirtschaftlichen Interessen europäischer Unternehmen dominiert. Durch den Abbau
von Zöllen
643 werden heimische Industrie, Handwerk und Landwirtschaft in Entwicklungsländern
durch
644 Billigimporte aus der EU bedroht. Die EU ist durch ihre starke Verhandlungsposition in
der
645 Lage, den Entwicklungsländern Bedingungen zu diktieren. Die derzeitigen
646 Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) mit Afrika verhindern den Aufbau einer
eigenen
647 Wirtschaft in diesen Ländern, statt ihn zu fördern. Wir wollen diese Abkommen stoppen
und zu
648 einer echten Entwicklungspartnerschaft auf Augenhöhe übergehen. Die
Entwicklungsländer
649 müssen ihren Weg einer nachhaltigen Entwicklung selbst bestimmen können. Gleiche
Rechte sind
650 nur zwischen gleich starken Partnern gerecht. Wer die Schwächeren fördern will, muss
ihnen
651 mehr Rechte als den Starken gewähren. Wir wollen Entwicklungsländern ausreichend
Raum für
652 handelspolitische Schutzmaßnahmen lassen, um ihre heimische Wirtschaft aufzubauen
und junge
653 Industrien zu schützen. Zolleinnahmen sind eine wichtige Einnahmequelle für
654 Entwicklungsländer. Ohne diese werden die mageren Staatseinnahmen stark belastet
und es
655 fehlen Mittel für Investitionen in öffentliche Güter wie Bildung, Basis-
Gesundheitsdienste

656 und andere Aspekte der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die EU hingegen sollte ihre
657 Zölle auf
658 verarbeitete Produkte aus Entwicklungsländern abschaffen, um eine diversifizierte
659 Industrie
660 und Wertschöpfung vor Ort zu ermöglichen.

659 Fairer Handel auch in der Landwirtschaft

660 Europäische Agrarsubventionen zerstören kleinbäuerliche Strukturen im globalen
661 Süden und
662 schaffen so Abhängigkeiten, vernichten Existenzen und zementieren Armut. Deshalb
663 lehnen wir
664 sie ab. Wir brauchen einen Neustart des europäischen Agrarhandels, der nicht länger
665 mit
666 Dumpingpreisen Märkte im globalen Süden zerstört. Die Patentierung von Saatgut
667 sowie
668 Landgrabbing wollen wir bekämpfen. Die EU muss Investoren und staatliche
669 Institutionen dazu
670 drängen, die Leitlinien der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN zu
671 Landrechten, Fischgründen und Wäldern einzuhalten. Agrochemiekonzerne wie Bayer,
672 der durch
673 die Übernahme von Monsanto zum Marktbeherrscher geworden ist, kontrollieren
674 bereits jetzt
675 große Teile des weltweiten Saatgut-, Düngemittel- und Pestizidmarkts. Mit ihren
676 Patenten
677 werden Kleinbäuerinnen und -bauern in teure Abhängigkeiten gezwungen und die
678 Artenvielfalt
679 wird zerstört. Wir wollen die Rechte der Kleinbäuerinnen und -bauern in
680 Entwicklungsländern
681 auf freien Austausch und kostenlose Wiederaussaat von Saatgut sichern. Darüber
682 hinaus wollen
683 wir den Auf- und Ausbau lokaler Saatgutbanken fördern, damit traditionelles Wissen
684 und die
685 biologische Vielfalt erhalten und zugänglich bleiben. Sortenvielfalt ist ein wichtiger
686 Baustein, um das Recht auf Nahrung zu verwirklichen und die Landwirtschaft
687 widerstandsfähiger gegen die Folgen des Klimawandels zu machen.

676 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 677 • die Verankerung des Pariser Klimaschutzabkommens und des Vorsorgeprinzips in
678 allen
679 Handelsverträgen der EU,
- 679 • WTO-konforme Klimaabgaben auf schmutzige Importe,
- 680 • die Abschaffung von Zöllen auf verarbeitete Produkte aus Entwicklungsländern.

681 **4.6 Drogenkriege beenden**

682 Der globale Krieg gegen Drogen ist gescheitert. Er fördert organisierte Kriminalität,
683 unterminiert die Gesundheit der Drogenkonsument*innen, verletzt Menschenrechte
684 und trägt zur
685 Destabilisierung von Staaten bei. Damit verhindert er die politische und wirtschaftliche

685 Entwicklung der betroffenen Länder. Europa trägt als Konsumentenregion
Verantwortung für die
686 Auswirkungen der Nachfrage nach Drogen. Wir wollen deshalb, dass die Europäische
Union sich
687 auf der Ebene der Vereinten Nationen dafür einsetzt, dass der Drogenkrieg beendet
wird.
688 Nationale Schritte für eine Reform der Drogenpolitik wie in verschiedenen Ländern
689 Lateinamerikas sollten unterstützt und nicht behindert werden. Die Europäische Union
sollte
690 deshalb global eine Reform der Drogenpolitik in den betroffenen Staaten unterstützen,
die
691 auf Prävention, Hilfe, Schadensminderung, Entkriminalisierung und Regulierung setzt.
Wir
692 fordern eine an den tatsächlichen gesundheitlichen Risiken orientierte Regulierung von
693 Drogen.

694 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 695 • eine globale Reform der Drogenpolitik,
- 696 • eine an den gesundheitlichen Risiken orientierte Regulierung von Drogen.